

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tagesblatt, Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Grobbräcker, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerce und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in 1929: Die 41 mm breite Zeile (Motte's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp., Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Dauerschrift und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Grobbräcker, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Frickers Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 107

Freitag, den 9. Mai 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, wurden auf der Bahnstation Schajugun in der Nähe von Worumsk 16 Personen, darunter acht Frauen und vier Kinder, ermordet aufgefunden. Die Mörder sind entkommen.

Ein großer Hafenbrand in New Jersey (Amerika) hat nach Schätzungen bisher schon einen Sachschaden von 5 Millionen Dollar verursacht. Die an die Brandstelle angrenzenden Wohnhäuser sind geräumt worden. 300 Familien sind auf diese Weise obdachlos geworden.

Was sagt man zum Osthilfe-Programm?

Das Reichskabinett hat die Entscheidung über das Osthilfe-Programm, über das es sich nach einer amtlichen Verlautbarung bereits grundsätzlich geeinigt hat, auf den Mittwoch nächster Woche vertagt. Es hat bereits beschlossen, daß die sogenannte Federführung beim Osthilfe-Programm dem Reichsinnenminister Dr. Brüning zuerkannt wird. Es ist selbstverständlich, daß sich die deutsche Presse in größerem Umfang mit dem neuen Osthilfegesetz beschäftigt.

So schreibt die dem Landbund nahestehende „Deutsche Tageszeitung“: „Wir haben bereits kürzlich dargelegt, daß die Federführung durch das Reichsministerium des Innern keine Prestigefrage, sondern nur eine durch die Geschäftsordnung des Reichskabinetts seit langem entschiedene Frage der Kleiderordnung ist. Aus der Mitteilung der amtlichen Verlautbarung, daß die endgültigen Gesetzentwürfe von den beteiligten Ressorts im Reichskabinett vorzulegen sind, geht bereits hervor, daß auch die praktische Durchführung in den Händen der einzelnen Ressorts liegen wird. Es wird also die Durchführung der Verträge dem Reichsverkehrsministerium, der Finanzfragen dem Reichsfinanzministerium obliegen. Die verantwortliche Durchführung der gesamten wirtschaftlichen Fragen, die ja die Hauptmasse dieser ganzen Ostfragen ausmachen, wird natürlich genau so in den Händen des Reichsernährungsministeriums liegen, als ob es selber dafür federführend wäre... Ein endgültiges Urteil über das Ostprogramm müssen wir uns vorbehalten, bis das fertige Gesetz sicheren Boden für die kritische Würdigung gibt... Allerdings wird jede Osthilfe auf die Dauer unwirksam bleiben, wenn nicht die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität ihrer unmittelbaren Auswirkung zu Hilfe kommt.“

Ferner schreibt das demokratische „Berliner Tageblatt“: „In der Festlegung eines Programms auf einen längeren Zeitraum — fünf Jahre — hat man unbestreitbar einen Erfolg des Ministers Schiele zu erblicken. Durch das „Rahmengesetz“ erhält das Kabinett eine Art grundsätzlicher Ermächtigung auf lange Sicht, wenn auch die etwa nötigen Etatbewilligungen Jahr für Jahr vom Kabinett angefordert und vom Reichstag bewilligt werden müssen (oder verweigert werden können)... Um so mehr muß gefordert werden, daß der Reichstag über die Art der Verteilung der Mittel und der Subventionierung der Betriebe eingehende Aufklärung verlangt. Es würde keine Entschuldigung für ein Parlament geben, das ein System der künstlichen Neubelebung des ostelbischen Großbetriebes aus allgemeinen Steuermitteln ohne Kampf genehmigen würde.“ — Der sozialdemokratische „Vorwärts“ nun erklärt: „Es ist bekannt, daß nach wie vor sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsinnenministerium, Reichsfinanzministerium und Reichsernährungsministerium bestehen. Jedes Ressort hat ein Ostprogramm für sich ausgearbeitet — die Fäden schleifen in dieser Regierung der Führung wieder einmal am Boden... Ungelöst ist bisher die Frage, wie weit überhaupt der Osten geht. Ungelöst sind auch noch die finanziellen Fragen... Wahrscheinlich wird aus den Beratungen nur ein Teilprogramm herauskommen, das man jetzt, beschönigend, als Sofortprogramm bezeichnet. Die Ostaktion hätte wirklich dem Osten Deutschlands Hilfe bringen können, wenn sie die landwirtschaftliche Rationalisierung endlich in Fluß gebracht hätte. Das Kabinett Brüning-Schiele verpaßt aber wieder einmal eine Chance. Es verplempert Geld und verschärft die Krise.“

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bemerkt: „Von einer Verbindung des Ostprogramms mit dem deutsch-polnischen Handelsabkommen ist im Kabinett überhaupt nicht gesprochen worden. Da die Landwirtschaft nach wie vor geschlossen den polnischen Vertrag ablehnt, kann auch eine Verbindung von Polenvertrag und Ostprogramm praktisch nicht in Betracht kommen.“ — Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: „Daß es in einem Kabinett, dem Männer wie Dietrich, Curtius, Stegerwald und Dr. Joseph Brüning angehören, nicht leicht sein würde, irgend etwas für den deut-

Panzer-Schiff B im Reichstags-Ausschuß abgelehnt

Zur Fraktionsführerbesprechung

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die erste Bau-rate für das Panzerschiff B abgelehnt. Gegen die Bau-rate stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete. Die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter enthielten sich der Stimme. Für die erste Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

Panzerkreuzer-Erklärung der Reichsregierung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ging am Donnerstag zur Beratung des Marineetats über. Der Berichterstatter, der Abg. Stüdemann (Soz.), erklärte, daß aus der Liste der Kriegsschiffe ein Linien-schiff, zehn Kreuzer und drei Torpedoboote gestrichen werden müßten. Er wandte sich dann in der Frage des Panzerschiffs B gegen den Neubau, und zwar, wie er sagte, mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Reiches. Abg. Stüdemann nannte die Art, wie der Antrag auf Einsetzung der Rate zustande gekommen sei, befremdend. Nach dem Antrag Ostpreußens im Reichsrat seien die Vertreter der Reichsregierung verpflichtet gewesen, den Etat zu verteidigen. Aber die Herren der Marine hätten erklärt: „Bitte, wenn Sie uns ver-gewaltigen wollen, wir stehen zur Verfügung.“ Auffällig sei die Erklärung, daß die drei Millionen Mark für die erste Rate aus anderen Etatsmitteln eingepart werden könnten.

Reichswehrminister Groener

gab darauf im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eine längere Erklärung zur Frage des Panzerschiffs B ab, in der er zunächst auf die Notwendigkeit des Ersatzes unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials hinwies. Im vorigen Kabinett habe er in Anbetracht der angespannten Haushaltslage auf die Einsetzung der ersten Rate für das Panzerschiff B verzichtet, nachdem das Kabinett einstimmig — unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister — eine besondere Entscheidung gefaßt hatte, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbau-ersatzplan, der auch den Ersatz der Linien-schiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. So sei es selbstverständlich gewesen, daß er dem Antrag Ostpreußens im Reichsrat sympathisch gegenüber-gestanden habe. Die Reichsregierung habe allerdings schon in der Reichsrats-sitzung durch Dr. Moldenhauer erklären lassen, daß sie keine Beeinflussung ausüben wolle. Sie hätte auch keinen Anlaß gehabt, dem Reichstag eine Doppelvorlage vorzulegen, da eine Mehrausgabe nicht vorgezogen war. Es handele sich nur um den Zeitpunkt des Baubeginns, darüber möge das Hohe Haus die Entscheidung treffen. Reichswehrminister Groener betonte, er nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefaßten Ent-scheidung festhalte, die die Vorlage eines langfristigen Planes für Ersatzbauten vorsehe. Die Reichsregierung werde ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage auf-rechterhalten.

Die Aussprache gestaltete sich überaus lebhaft. Abg. Erising (Ztr.) verlangte einen Abbau der Beamten und Angestellten. Als sich Abg. Kuhnt (Soz.) scharf gegen die Rate für das Panzerschiff B aussprach, erklärte Abg. François (Wirtsch.-Partei), daß man sich selbst den schlechtesten Dienst erweise, wenn man die knappen Möglichkeiten, die der Versailles Vertrag biete, nicht ausschöpfen wolle. Unter Hinweis darauf, daß unsere Flotte veraltet sei, betonte der Redner, daß das Panzerschiff B nicht zum Spielball innerpolitischer Parteikämpfe werden dürfe. Dem Sprecher der Wirtschaftspartei schloß sich Abg. Brüninghaus (D. Vp.) an. Er wies die Sozialdemokraten darauf hin, daß das frühere Kabinett mit Einschluß der vier sozialdemokratischen Minister entschlossen war, die Serie der Panzerschiffe unter allen Umständen zu bauen. Der springende Punkt sei der, wo die Kosten für die erste Rate gespart werden sollten. Die Vor-stellung, daß der Etat der Marine jedes Jahr mehr anschwellen, nannte Abg. Brüninghaus eine agitatorische Mache.

Abg. Stüdemann (Komm.) warf den Sozialdemokraten vor, daß sie im vorigen Kabinett prinzipiell für den Bau des Panzerschiffes B, und nur für einen späteren Zeitpunkt gestimmt hätten, daß sie sich jetzt aber auf der ganzen Linie zurückzögen. — Für die Deutschnationalen führte Graf Westarp u. a. aus: „Wir befürworten dringend die Bewilligung der Panzerkreuzerrate. Europa steht in Waffen. Die Abrüstung ist leere Phrase. Wenn eine Sicherheit bedroht ist, so ist es die von Deutschland im Osten und im Westen. Trotzdem bleibt unsere Flotte weit hinter der Grenze des Versailles Vertrages zurück. Wer kann die Verantwortung dafür übernehmen, solchen überalterten Schiffen unsere Mannschaften anzuvertrauen? Ganz besonderen Wert legen wir auf den Schutz der Ostküste. Bei der Haltung Polens darf man

die Augen nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß eines Tages nur noch der Seeweg nach Ostpreußen offen bleibt und geschützt werden muß. Graf Westarp betonte gegenüber der Regierung: „Die Haltung, die die Regierung dem Panzerkreuzer B gegen-über einnimmt, wird für uns von weittragender Bedeutung sein!“ Abg. Bernhard (Dem.) äußerte sich, daß die Demokraten die Rate für den Panzerkreuzer B in diesem Etat ablehnen würden. Er begründete das folgendermaßen: „Nicht alles, was uns der Versailler Vertrag gestatte, sei für uns nützlich. So sei das Verhältnis zwischen Infanterie und Kavallerie ein durchaus ungefundenes. Genau so könne es sein, daß uns der Versailler Vertrag den Bau eines Panzerschiffes erlaube, bei dem die großen Kosten unnötig vertan würden. Abg. von Lindener-Wildau (Volkstonservativ) stellte fest, daß in der grundsätzlichen Frage der Erneuerung des Kriegsschiffmaterials zwischen dem Kabinett Müller und dem Kabinett Brüning ein Unterschied in der Willensmeinung nicht bestehe. Die Flotte diene nicht der Spielerei, sondern werde für den Ernstfall geschaffen.“

In einer Antwortrede ging Reichswehrminister Groener darauf auf verschiedene an ihn gerichtete Fragen ein und er-läuterte vor allem hinsichtlich des Panzerkreuzers B, daß wir uns davon freimachen müßten, auf die psychologische Wirkung im Ausland Rücksicht zu nehmen. Gegen die kommunistischen In-fektionsversuche werde er in rücksichtsloser Weise vorgehen. Deutschland brauche neue moderne Schiffe. Die Ein-stellung der Sozialdemokraten sei unverständlich. Gerade sie müßten das größte Interesse an einer stetigen Beschäftigung der Werkarbeiter haben. Zum Schluß teilte der Minister mit, daß ein Flottenbauprogramm im Ministerium fertig vorliege, daß es das Kabinett aber noch nicht beschäftigt habe. Aus den Wehr-fragen müßten wir eine nationale Frage machen!

Dann kam man zu den Abstimmungen. Unter Ablehnung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Streichungs-anträge wurden die Etatpositionen der fortdauernden Ausgaben des Marineetats genehmigt. — Bei den einmaligen Ausgaben wurde der Vortrag von 2,9 Millionen Mark für die erste Bau-rate des Panzerschiffs B abgelehnt. Ein Zentrumsantrag, die Summe von 2,9 Millionen Mark nunmehr wieder bei den übrigen Kreuzerbauten einzustellen, wurde abgelehnt, da die Demokraten mit den Sozialdemokraten stimmten. Die übrigen Positionen des Marineetats wurden ge-nehmigt.

Zur Fraktionsführer-Besprechung

Berlin, 9. Mai Zu der Besprechung der Fraktions-führer der Regierungsparteien meldet die Vossische Zeitung ergänzend, daß die Aussprache nur 1 1/2 Stunde in Anspruch genommen habe. Der Zweck der Zusammenkunft sei gerade auch mit Rücksicht auf die neuen in das Kabinett eingetretenen Parteien gewesen, eine Verständigung darüber zu erzielen, daß nicht einzelne Regierungsparteien mit Streichungs-anträgen überraschend hervortreten und dadurch die Einheits-lichkeit des Kabinetts gefährdeten. Es sei zwar allgemein zum Ausdruck gekommen, daß die Einbringung gemeinsamer Anträge der Regierungsparteien vermieden werden solle, weil ja keine feste Regierungskoalition bestehe. Aber soweit ein-zelne Parteien Ersparniswünsche hätten, müßten sie sich nach den heutigen Vereinbarungen vorher mit dem Kabinett und den anderen Regierungsparteien in Verbindung setzen, ehe sie an das Plenum gehen. Ueber bestimmte Ersparnisse und Abstriche und überhaupt über Einzelfragen sei nicht gespro-chen worden. Man rechne nicht mit wesentlichen Verände-rungen des Haushaltsplanes und zwar umsoweniger, als die ganze Beratung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden solle.

Die deutsche Delegation für Genf.

Außenminister Curtius übernimmt die Führung. Die deutsche Delegation für die Verhandlungen des Völkerbundes wird am Sonnabend abend Berlin verlassen. Die Delegation steht unter Führung des Außenministers Dr. Curtius. Staatssekretär von Schubert fährt nicht mehr mit nach Genf. Es sind weiter Ministerialdirektor Gaus, Ministerialdirektor Freitag, Geheimrat von Weizsäcker und für die Presse-Abteilung der Reichsregie-rung Geheimrat von Kauffmann und Regierungsrat Stephan an der Delegation beteiligt.

